

ARNDT FREYTAG  
VON LORINGHOVEN  
LEON ERLENHORST

PUTINS  
ANGRIFF  
AUF  
DEUTSCH  
LAND

DESINFORMATION,  
PROPAGANDA,  
CYBERATTACKEN

Econ

Arndt Freytag von Loringhoven  
Leon Erlenhorst

Putins Angriff auf Deutschland



Arndt Freytag von Loringhoven  
Leon Erlenhorst

# **PUTINS ANGRIFF AUF DEUTSCHLAND**

**DESINFORMATION,  
PROPAGANDA,  
CYBERATTACKEN**

Econ

**Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit**



- Papiere aus nachhaltiger Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Quellen
- Druckfarben auf pflanzlicher Basis
- ullstein.de/nachhaltigkeit

Der Abdruck des Schaubildes im Bucheinband erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Microsoft Threat Analysis Center (formerly Miburo).

Der Abdruck des Zitats von Jürgen Habermas auf Seite 74 erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp Verlags.



Econ ist ein Verlag  
der Ullstein Buchverlage GmbH

ISBN: 978-3-430-21119-2

© der deutschsprachigen Ausgabe  
Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2024

Redaktion: Ulrich Wank

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere und ausdrücklich die Nutzung  
unserer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG.  
Gesetzt aus der Adobe Caslon Pro

Satz und Repro: LVD GmbH, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

*You may not think you are at war with Russia, but Russia is behaving as if it were at war with you.*

Anne Applebaum



# INHALT

Einleitung	9
------------	---

## TEIL 1 HYBRIDER KRIEG

Kapitel 1 Russlands Weg in den Krieg	18
Kapitel 2 Propaganda und die sowjetische Erfindung der Desinformation	47
Kapitel 3 Internet und soziale Netzwerke – das neue Spielfeld für russische Propaganda	63
Kapitel 4 Die Akteure – eine Krake, viele Tentakel	77
Kapitel 5: Wie funktioniert Putins Informationskrieg?	102

## TEIL 2 ZIELSCHEIBE DEUTSCHLAND

Kapitel 6 Deutschland im Visier	126
Kapitel 7 Eskalation auf allen Ebenen	144
Kapitel 8 Wir schaffen das – nicht. Migration 2015/2016	159
Kapitel 9 Covid-19: Eine Chronologie russischer Informationsmanipulation	169
Kapitel 10 Aufstieg extremistischer Parteien	180
Kapitel 11 »Testlabor« Ukraine	203
Kapitel 12 Deutschland und die Ukraine	215
Kapitel 13 Der Krieg in Gaza und die linke Propaganda des Kreml	227
Kapitel 14 Künstliche Intelligenz und die Propaganda der Zukunft	234

## **TEIL 3 WAS TUN?**

Kapitel 15 Eine Bilanz	262
Kapitel 16 Was tun wir? Was tun andere Länder?	273
Kapitel 17 Empfehlungen für eine wehrhafte Demokratie	288

## **ANHANG**

Danksagung	307
Abbildungsverzeichnis	309
Anmerkungen	311

# **EINLEITUNG**

Am 16. Februar 2024 starb Alexej Nawalny, der einzig verbliebene Regimekritiker, der Präsident Putin hätte gefährlich werden können. Wenige zweifelten daran, dass sein Tod Mord war und, wie so viele andere, vom Kreml befohlen wurde. Doch sofort tauchten in den sozialen Medien die abenteuerlichsten Theorien über die Hintergründe auf. So soll es die CIA gewesen sein, die Nawalny umbrachte, um Putin die Schuld in die Schuhe schieben zu können. Oder die Ukraine, um an milliardenschwere Hilfsgelder aus den USA zu gelangen. Nein, Nawalny wurde von einem Covid-Impfstoff getötet. Alles falsch, niemand anderer als Nawalnys eigene Ehefrau Julija und ihr angeblicher »Boyfriend« steckten dahinter.

Keine Verschwörungstheorie war zu absurd, zu zynisch, zu eiskalt kalkuliert, um nach dem Tod des Oppositionspolitikers von Moskaus Informationskriegern nicht ins Feld geführt zu werden. Es war das typische Muster, das Russland seit vielen Jahren anwendet. Unmittelbar nach dem Ereignis folgt eine Breitseite von Propaganda und Desinformation, um die wahren Hintergründe der Tat zu verschleiern und die Öffentlichkeit zu verwirren und von den Tatsachen abzulenken, bis eine klare Analyse kaum mehr möglich ist. Wir kennen dieses Muster von vergangenen Morden an Regimekritikern wie der Journalistin Anna Politkowskaja oder dem Politiker Boris Nemzow und von den Überfällen auf die Ukraine und Syrien. Dieses Vorgehen wendet der Kreml

auch bei der Manipulation des deutschen Informationsraums an.

Spätestens seit 2016 ist offensichtlich, dass Moskau Desinformation, Propaganda und Cyberattacken für seine Ziele in aller Welt einsetzt, ohne jede Rücksicht auf die Souveränität anderer Staaten und Gesellschaften. Der dreiste Cyber-Diebstahl Tausender E-Mails aus dem Umfeld Hillary Clintons, ihre anschließende gezielte Veröffentlichung und die millionenfache Verbreitung von propagandistischen Mitteilungen in sozialen Netzwerken vor den US-Wahlen hätten ein Weckruf für die demokratische Welt sein müssen. Die skrupellose Vorgehensweise bewies, dass Russland den Willen und die Mittel besitzt, um in der digitalen Welt seine Macht mitten in unsere Gesellschaften hinein zu projizieren. Ein neueres Paradebeispiel für die Propaganda des Kremls stellen die Falschnachrichten dar, welche bereits wenige Stunden nach dem Attentat auf Donald Trump im Juli 2024 in Umlauf gebracht wurden. Russische Akteure verbreiteten in sozialen Netzwerken massenhaft die Meldung, dass Biden in Kooperation mit der Ukraine das Attentat geplant habe. Wie wir noch sehen werden, nutzt der Kreml Großereignisse und Krisensituationen wie diese oft als Trittbrettfahrer, da allgemeine Unsicherheit einen perfekten Nährboden für Propaganda darstellt.

Beispiele auch aus vielen anderen Ländern zeigen, dass der Einsatz von Manipulation und Sabotage an der Tagesordnung ist. Schätzungen zufolge wird staatlich gesteuerte Desinformation heute von mehr als 80 Ländern betrieben. Ermöglicht durch einen rasanten technischen Fortschritt, zuletzt durch künstliche Intelligenz, sind Propaganda, Desinformation und

Cyberattacken zu einer Bedrohung erster Güte für alle demokratischen Gesellschaften geworden. Der jährliche Risikoausblick des renommierten Weltwirtschaftsforums bezeichnet Desinformation in diesem Jahr sogar als größte Bedrohung weltweit, noch vor Kriegen und Klimaerwärmung!

## **DER RUSSISCHE INFORMATIONSKRIEG GEGEN DEUTSCHLAND**

In Deutschland stellen nach Meinung von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung vorsätzlich verbreitete Falschinformationen im Internet eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Dieser erfreuliche Realismus geht indes nicht einher mit einem tieferen Verständnis für die Hintergründe der Bedrohung. Vor allem wird bei uns die Bedeutung *russischer* Akteure dramatisch unterschätzt. Dabei sind Moskaus »aktive Maßnahmen« im Netz und den sozialen Medien gerade bei uns besonders weit verbreitet – wir sehen sie nur nicht oder wollen sie nicht sehen. Deutschland ist das wichtigste europäische Ziel in Putins Informationskrieg. Wir sind einem permanenten Trommelfeuer von Fake News und Propaganda ausgesetzt, gerade im »Superwahljahr« 2024. Bei den meisten Debatten über umstrittene und kontroverse Themen, von Migration, Covid, dem Ukraine- und dem Gazakrieg wie dem Aufstieg der AfD, hatte Moskau seine Finger im Spiel. Systematisch und planvoll legt es Russland darauf an, unsere Demokratie zu schwächen, die Gesellschaft zu spalten und die Unterstützung für die Ukraine zu unterlaufen. Doch arbeitet der Mechanismus dieser Kampagne größtenteils unter dem öffentlichen Radar. Außer einer Hand-

voll Experten realisiert kaum jemand das wahre Ausmaß der massiven Informationsmanipulation, die aus Moskau gesteuert wird.

Wie ist dies zu erklären? Warum wissen wir so wenig darüber? Oder *wollen* so wenig darüber wissen? Weshalb unterschätzen wir noch immer Putins Entschlossenheit, Deutschland zu schaden und zu schwächen und dafür alle verfügbaren Mittel der Manipulation und Sabotage einzusetzen? Liegt es daran, dass Russland in anderen Ländern noch aggressiver vorgeht? Zwar hat es scheinbar einen Frontalangriff auf die Demokratie wie bei den Präsidentschaftswahlen in den USA und in Frankreich in Deutschland bisher nicht gegeben. Doch erfolgt die Einflussnahme bei uns auf eine subtilere, indirektere Weise, dafür aber in wahrhaft gigantischem Ausmaß.

Oder liegt unser mangelndes Verständnis daran, dass die Menschen mit den rasanten technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen der neuen Medien überfordert sind? Tatsache ist, dass die Verbote der russischen Staatsmedien RT DE und Sputnik in Deutschland nur dazu geführt haben, dass der Strom der Propaganda und Desinformation über Nacht andere Wege gefunden hat: TikTok, Telegram, Facebook, Twitter, YouTube und Instagram. Er ist weniger sichtbar geworden, doch gerade deswegen umso gefährlicher. Die Funktionsweisen von sozialen Netzwerken schaffen Räume, die den perfekten Nährboden für effektive Propaganda- und Desinformationskampagnen bieten.

Es könnte auch sein, dass andere Länder, etwa in Osteuropa oder Skandinavien, Russland illusionsloser einschätzen als wir.

Zwar hat sich mit der »Zeitenwende« unser Blick auf Russland verändert, doch ist bei vielen Deutschen immer noch nicht angekommen, dass Russland nicht nur einen militärischen Krieg in der Ukraine, sondern auch einen hybriden Krieg gegen den Westen führt. Wir reagieren immer noch überrascht, wenn sich herausstellt, dass Moskau Spione im BND führt, dass es die Bundeswehr abhört oder die Pandemie als Instrument nutzt, um Vertrauen in die deutsche Regierung und Medien zu unterminieren. Im Land der angeblichen »Russland-Versteher« wird die Bedrohung durch Russland noch immer unterschätzt.

Russland ist heute ein gewaltbereiter, imperialistischer und revanchistischer Staat, viel gefährlicher als die späte Sowjetunion, die in Europa den Status quo erhalten wollte. Die Bedrohung für unseren Kontinent ist heute weitaus größer als damals. Hinzu kommt, dass die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus eine reale Möglichkeit ist, die dazu führen könnte, dass die Sicherheitsgarantie, die den NATO-Mitgliedsstaaten 75 Jahre Frieden garantiert hat, erstmals von den USA infrage gestellt und aufgeweicht werden könnte. Von beiden Seiten, aus dem Westen und dem Osten, verschlechtert sich also gleichzeitig unsere Sicherheit. Eine fatale Koinzidenz. Wir haben kaum noch Zeit, um uns für den Ernstfall zu wappnen.

Mit diesem Buch wollen wir bewusst machen, dass die von Moskau ausgehende Bedrohung nicht weit entfernt an der Peripherie Europas stattfindet, sondern real, massiv und mitten unter uns. Der Informationskrieg schwächt unsere Gesellschaft, ohne dass wir es unmittelbar merken. Er ist wie eine

radioaktive Bestrahlung, die wir nicht wahrnehmen, die unseren Organismus aber schleichend schädigt. Wir müssen endlich aufwachen. Ein neuer Realismus, ein strategischer Gesamtansatz und entschiedene Gegenmaßnahmen sind dringend und überfällig.

## **FRAGEN ZU DEN RUSSISCHEN EINFLUSSNAHMEN**

Gleich zu Beginn möchten wir einige häufig gestellte Fragen zu Russlands Informationskrieg ansprechen:

*Warum dürfen russische Staatsmedien sich nicht ebenso ungehindert äußern wie westliche Medien?* Russische Staatsmedien wollen nicht objektiv informieren, sie verfolgen eine politische Agenda und sind aus dem Kreml gesteuert. Sie sind, wie Russland selbst sagt, »Waffen« in einem Informationskrieg. Deshalb ist es richtig, sie zu sanktionieren.

*Wo liegt die Grenze freier Meinungsäußerung? Wann ist Zensur gerechtfertigt, ja geboten?* Hier muss unterschieden werden zwischen den Inhalten und dem Mechanismus der Beeinflussung. Geht es um vorsätzliche systematische Einflussnahme, etwa durch das Amplifizieren prorussischer Positionen durch Bot-Netzwerke, die Mitteilungen millionenfach verbreiten oder um das gezielte Targeting von Bevölkerungsgruppen, so muss sich der demokratische Staat dagegen wehren. Geht es aber um Inhalte, so sind Vorsicht und Zurückhaltung bei der Kontrolle geboten. Der demokratische Staat darf seine Grundwerte auch unter hohem Druck nicht preisgeben. Damit würde er end-

gültig zum Opfer bösartiger Manipulation. Allerdings hat auch das Recht auf freie Meinungsäußerung Grenzen.

*Nutzen westliche Regierungen nicht ähnliche Methoden?* Richtig ist: Auch sie streuen ihre Narrative und auch diese sind von Interessen geleitet. Allerdings geschieht dies in einem medial freiheitlichen Umfeld, transparent und unter den Bedingungen eines freien Meinungswettbewerbs. An diesen Kriterien müssen sich demokratische Staaten messen lassen. Tun sie dies nicht, können auch für sie Einschränkungen geboten sein.

*Schließlich: Werden Kampagnen wirklich aus Russland gesteuert und verbreitet? Gehen sie nicht vielmehr von Menschen in unserem Land aus, die aus irgendeinem Grund kremlfreundliche Positionen einnehmen?* Tatsächlich existiert in Deutschland beides, was den Umgang mit Desinformation stark erschwert. Deutschland und die Deutschen haben aus vielerlei Gründen ein historisches Sonderverhältnis zu Russland. Wenn jemand vor diesem Hintergrund Frieden in der Ukraine, billiges Gas oder Migrationsbeschränkung fordert, so ist dies nicht illegitim. Aber wir wollen zeigen, dass eine Parallelität deutscher und russischer Positionen häufig kein Zufall ist und wir in weit größerem Ausmaß von außen manipuliert werden, als wir es wahrnehmen.

Um die Antworten auf solche Fragen müssen wir ringen. Oberste Maxime muss bleiben, unsere demokratischen Grundwerte nicht preiszugeben. Ein »Wahrheitsministerium« wie in George Orwells Vision *1984* kann keine Option sein. Aber das darf nicht bedeuten, dass wir uns dem aggressiven Informationskrieg wehrlos ausliefern. Unsere freiheitlichen Werte

werden von außen hemmungslos ausgenutzt. Sie werden von autoritären Staaten als Schwäche angesehen, während gleichzeitig der digitale Fortschritt ungeahnte Möglichkeiten des Angriffs bietet. Demokratien müssen die richtige Balance zwischen Wehrhaftigkeit und Prinzipientreue finden. Schaffen wir das nicht, liefern wir uns schutzlos einer Macht aus, die unsere Demokratie und unsere Sicherheit im Kern bedroht.

Die Manipulation unserer Öffentlichkeit, unseres Informationsraums, muss endlich als eine vorrangige Frage nationaler Sicherheit behandelt werden. Andere Länder haben das schon lange begriffen. Deutschland muss endlich aufwachen.

Berlin, den 13. August 2024

Arndt Freytag von Loringhoven und Leon Erlenhorst

# **TEIL 1**

# **HYBRIDER KRIEG**

# **KAPITEL 1: RUSSLANDS WEG IN DEN KRIEG**

*»We would like to play chess, but they are already punching us in the face.«*

Jakub Kalenski

In seiner gefeierten Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 sagte der russische Präsident Wladimir Putin: »Für unser Land ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel.« Und weiter: »Das starke und lebendige Herz Russlands ist für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft geöffnet.« Nach der Ansprache erhoben sich die deutschen Abgeordneten zu einer stehenden Ovation. Es war eine historische Rede, so die feste Überzeugung der Anwesenden. Ganz Deutschland wünschte sich, dass die Ära, die mit Michail Gorbatschow begonnen hatte, für immer weitergeht. Mit der Rede Putins schien dieser Wunsch Wahrheit zu werden. Die furchtbaren Kriege und Katastrophen des 20. Jahrhunderts, in deren Epizentrum Deutschland und Russland standen, schienen endgültig Geschichte. Eine neue Ära des Friedens und der Kooperation mit Moskau deutete sich an, so der allgemeine Eindruck.

Wie anders ist es gekommen! Seit 2014 führt Russland Krieg in Europa, einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, nur wenige hundert Kilometer von Deutschlands Grenze entfernt, mitten in Europa. Zuvor hatte es Georgien überfallen, große

Teile des Territoriums besetzt und anschließend Syriens Diktator Baschar al-Assad mit seinen Streitkräften und der »privaten« Wagner-Armee militärisch unterstützt. Ihnen verdanken Assad wie inzwischen auch eine Reihe afrikanischer Diktatoren den Erhalt ihrer Macht. Russland befindet sich heute in einem dauerhaften Kriegsmodus.<sup>1</sup> Es herrschen Kriegswirtschaft und Kriegszensur. Beinahe 40 Prozent seines Haushalts gibt Moskau im Jahr 2024 für innere und äußere Sicherheit aus. Hunderttausende junge Männer werden mobilisiert. Neue Massenvernichtungswaffen wurden entwickelt und nahe der westlichen Grenze des Landes stationiert. Seit spätestens 2014 führt Russland einen Krieg auch gegen den Westen<sup>2</sup> – nicht einen militärischen, aber einen »hybriden« Krieg, der auf vielen Ebenen stattfindet – mittels Desinformation, Propaganda, Cyberattacken und nuklearen Drohungen.

Russlands Präsident hat sich also mitnichten als der Friedensbringer entpuppt, den viele nach seiner Berliner Rede in ihm erkennen wollten. Er ist auch alles andere als ein »lupenreiner Demokrat«, als den ihn Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal bezeichnete. Nein, Wladimir Putin hat sich als rücksichtsloser Diktator erwiesen, der die zarte Pflanze der russischen Demokratie seiner Gier nach Macht und seiner grenzenlosen Kontrollsucht untergepflügt hat. Nachdem er sein Versprechen, Wachstum und gesellschaftliche Stabilität zu garantieren, nicht erfüllen konnte, zog er die imperiale Karte, um seine Macht zu zementieren. Putin ist heute ein großrussischer Imperialist, dessen wichtigstes Ziel es ist, die alte Größe des Zarenreichs wieder herzustellen, um sein System zu sichern. Sein Weg ist von Leichen gesäumt. Gegner und Kritiker hat er systematisch kaltgestellt, viele von ihnen umbringen lassen. Mit seinem Re-

vanchismus und Größenwahn stellt er eine existenzielle Bedrohung für den Frieden in Europa und der Welt dar.

## **RÜCKFALL IN DEN IMPERIALISMUS**

Wie konnte es zu einer solch fatalen Entwicklung kommen, einem Rückfall in die dunkelsten Zeiten der europäischen Geschichte?

Im Rückblick wird klar: Eine derartige Entwicklung war vielleicht angelegt, aber nicht vorgezeichnet; sie war nicht zwangsläufig. Vielmehr vollzog sie sich schrittweise und häufig in Reaktion auf bestimmte Ereignisse im In- und Ausland. Man kann die Verhärtung von Putins Politik nur nachvollziehen, wenn man die Tiefenschichten der neueren Geschichte Russlands gründlich analysiert und die tektonischen Umbrüche im Land seit 1989 zu verstehen versucht. Auch muss man sich den persönlichen Werdegang Putins vor Augen führen, von seinen bescheidenen Anfängen in den Hinterhöfen Sankt Petersburgs über die tiefen Prägung durch den sowjetischen Geheimdienst KGB bis zu seinem kometenhaften Aufstieg an die Spitze des russischen Staates. Hier ist nicht der Ort, diese Entwicklungen im Einzelnen nachzuzeichnen. Doch ist ein Grundverständnis der Persönlichkeit des Präsidenten und der Befindlichkeit seines Landes unverzichtbar, um die Natur des »Systems Putin« und das Ausmaß der Bedrohung, die Russland heute für Europa und die Welt darstellt, zu ermessen.

Putin trat 1999 an als »pragmatischer Nationalist«<sup>3</sup>. Durch seine Erfahrungen als junger KGB-Spion in Dresden war er,

soweit bekannt, schon damals skeptisch gegenüber westlichen Werten und Zielen. Nach seiner Überzeugung war Russland über Jahrhunderte eine Großmacht gewesen, und dies sei heute nicht anders. Trotz dieses ungebrochenen geopolitischen Anspruchs war der neue Präsident der Auffassung, dass die Zukunft Russlands in einer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit dem Westen liegen müsse. Er war deshalb anfangs zu einer umfassenden Kooperation mit dem Westen, mit Europa und den USA bereit, weil er dies als besten Weg sah, um Russland in die Moderne zu führen. Putin umgab sich mit liberalen Ökonomen. Russland trat dem Euro-Parat, den G7 und der WTO bei und baute die Zusammenarbeit mit der EU und der NATO aus. Nach den Terroranschlägen von 9/11 in New York und Washington öffnete Putin einen militärischen Korridor für die USA in Zentralasien und schloss die russische Abhörstation auf Kuba. All dies zeigt: Putin setzte zu Anfang seiner Herrschaft auf eine Modernisierung seines Landes durch den Westen. Dabei konnte er an sein Vorbild und bedeutenden Petersburger Vorgänger, Zar Peter den Großen, anknüpfen, der seinem rückständigen Reich vor drei Jahrhunderten ein sprichwörtliches Fenster zum Westen öffnete.

Europa und besonders Deutschland gingen damals freudig, ja enthusiastisch auf Putins Werben ein. Man sah in seinem Kooperationsangebot enorme Chancen – einen bedeutenden Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft und zuverlässige, billige Energieimporte. Im Auswärtigen Amt entwickelte man die Konzepte einer »Modernisierungspartnerschaft« und der »Annäherung durch Verflechtung«<sup>4</sup>, mit der sich Willy Brandts ostpolitische Formel »Wandel durch Annäherung« scheinbar

nahtlos in die Gegenwart fortentwickeln ließ. Je enger die Zusammenarbeit, desto unwahrscheinlicher würden Konflikte und Kriege in Europa werden – dieses Denken prägte beharrlich und über lange Jahre nicht nur die deutsche, sondern die gesamte westliche Russlandpolitik. Auch aus heutiger Sicht war es vernünftig, dem Angebot zur Zusammenarbeit eine Chance zu geben und in die Beziehung mit Putin zu investieren. Nach beinahe einem Jahrhundert geprägt von ideologischer Konfrontation und Kaltem Krieg bot sich die historische Chance für eine friedliche Kooperation mit Russland. Doch mischte sich in diese rationale Beurteilung von Anfang an ein erhebliches Maß an Wunschdenken. Ein regelmäßiger nüchterner Realitätscheck, in welcher Form auch immer, fand nicht statt. Wesentliche Entwicklungen in Russland, die nicht in das rosige Bild passen wollten und zur Sorge hätten Anlass geben müssen, wurden übersehen oder ausgebendet.

So war bereits von Beginn an deutlich, dass Putin zur Erreichung seiner Ziele auf Krieg und Gewalt setzte. Als Präsident Jelzin ihn 1999 zu seinem Nachfolger bestimmte, war Putin, der seine Karriere in der Schattenwelt der Geheimdienste und später in den Korridoren des Kremls gemacht hatte, gerade einmal zwei Prozent der Bevölkerung bekannt. Seine Wahl zum Präsidenten wurde nur durch den Zweiten Tschetschenienkrieg möglich, der ihn auf einen Schlag im ganzen Land bekannt machte und ihm große Popularität verschaffte. Der Vorwurf<sup>5</sup> wiegt schwer, dass dieser Zweite Tschetschenienkrieg nicht durch islamistische Terroristen, so die offizielle Version, sondern vom russischen Geheimdienst ausgelöst wurde. Nach den Bombenanschlägen auf Wohnblocks in Moskau und Umgebung, bei denen 367 Menschen ums Leben

kamen und mehr als 1000 verletzt wurden, fanden sich in Rjasan Spuren, die die Handschrift des russischen Inlandsgeheimdiensts FSB trugen. Einiges spricht dafür, dass diese Explosionen vom FSB inszeniert wurden und die Schuld anschließend den Tschetschenen in die Schuhe geschoben wurde, um einen Vorwand für einen neuen Krieg zu erhalten. Sollte das so gewesen sein, ist es kaum vorstellbar, dass Putin als FSB-Chef davon nichts wusste, zumal er maximal von dieser Entwicklung profitierte.

Der Krieg gegen die tschetschenischen Untergrundkämpfer wurde so geführt, wie die Weltöffentlichkeit es später in Syrien und der Ukraine sehen würde – mit unerbittlicher Härte, unmenschlichen Folterungen und Menschenrechtsverletzungen. Er hat das Verhalten der russischen Armee nachhaltig geprägt. Wie sehr, wird erst heute in vollem Ausmaß deutlich. Indem der Westen damals wegschaute und den Terror und die gesetzwidrigen Aktionen der russischen Militärs geschehen ließ, ohne Konsequenzen zu ziehen, gab man Russland ein Signal, dass zur Durchsetzung seiner Interessen alles erlaubt ist.

Der neue Präsident war und ist tief geprägt durch den KGB und dessen geheimdienstliche Methoden. Lügen, Täuschen und Manipulieren gehören ebenso zum Werkzeugkasten des sowjetischen Geheimdienstes wie Belohnung, Erpressung, Gewalt und Mord. Putin hatte in Dresden erlebt, dass der »wind of change«, die Massendemonstrationen für Freiheit und Demokratie, die alte Ordnung hinwegfegte mitsamt den Werten, die ihn geprägt hatten und für die er lebte. Putin hat damals Freiheit und Demokratie nicht als Befreiung, sondern als elementare Bedrohung erlebt – und daraus offensichtlich

den Schluss gezogen, dass der Staat, sein Staat, nie wieder einen derartigen Kontrollverlust zulassen dürfe. Die Folge war, dass er später als Präsident die junge, erst im Werden begriffene russische Demokratie zu einem Potemkinschen Dorf umbaute. Demokratische Errungenschaften – freie und faire Wahlen, eine freie Presse und unabhängige Zivilgesellschaft – wurden zügig und konsequent demonstiert, bis von ihnen allenfalls noch die Fassaden übrig blieben. Die klarsichtige Moskauer Politologin Lilija Schewzowa prägte bereits in den Nullerjahren den Begriff der »imitierten Demokratie«.

## **WARNUNGEN WURDEN NICHT ERNST GENOMMEN**

Es fehlte nicht an Warnungen. Ehemalige Dissidenten wie der Gründer der Menschenrechtsorganisation »Memorial« Arseni Roginski warnten schon 2002 vor »Rückfällen in die Vergangenheit als Folge eines bis heute nicht überwundenen imperialen und totalitären Staatsbewusstseins«. Zu diesen Rückfällen zählte Roginski den Krieg in Tschetschenien, die Geheimhaltungsmanie und die Schaffung von politischen Mechanismen zur Realisierung der sogenannten »gelenkten Demokratie«.

Bereits 1994, also lange vor Putins Amtsantritt, wies der estnische Präsident Lennart Meri bei der Hamburger Matthiae-Mahlzeit 1994 darauf hin, dass Moskauer Politiker weiterhin eine Rolle als »primus inter pares« im Raum der ehemaligen Sowjetunion beanspruchten. Er machte im demokratischen Westen eine »bedenkliche Tendenz aus, die sich aus Bequem-

lichkeit als Realpolitik ausgebe«. Dies sei die Neigung zu einer Haltung, die man als »Appeasement« bezeichnen könne. Im Saal befand sich auch der damalige stellvertretende Bürgermeister von Hamburgs Partnerstadt Sankt Petersburg. Er verließ noch während der Rede Meris empört den Saal. Sein Name war Wladimir Wladimirowitsch Putin.

Im Westen, zumal in Deutschland, nahm man solche Warnungen nicht ernst, und tat sie vielfach ab als »emotionale« Reaktionen ehemals unterjochter Völker und Personen. Man äußerte Mitgefühl für deren tragische Geschichte, hielt sie aber nicht für fähig, die Lage »nüchtern« beurteilen zu können. Viele Deutsche waren überzeugt, die besseren »Russland-Versteher« zu sein, rationaler und weitblickender als Polen und Balten, die Jahrhunderte unter der russischen Knute zu leben hatten und deshalb zu einer rationalen Einschätzung des neuen Russlands angeblich nicht in der Lage waren. Deutschland betrachtete Russland weiter als ein Land, mit dem man trotz aller autoritären Entwicklungen vernünftig zusammenarbeiten und gute Geschäfte machen konnte.

Ein wesentlicher Grund für die verbreitete deutsche Überheblichkeit war die Erfahrung mit Michail Gorbatschow. Die deutsche Diplomatie hatte deutlicher und früher als andere die Jahrhundertchance erkannt, die sich durch die neue Politik von Glasnost und Perestroika für Frieden und Freiheit in Europa bot. Die Bundesregierung setzte früh darauf, Gorbatschow »beim Wort zu nehmen«, wie es der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher 1986 formulierte. Anfangs im westlichen Ausland und von der Mehrheit der Sowjetexperten belächelt, erwies sich die ausgesteckte Hand Deutschlands später

als weitsichtig und ungemein erfolgreich. Sie half, den Weg zur deutschen Wiedervereinigung, dem Zusammenbruch des Kommunismus und des Sowjetreichs zu bahnen. Hieraus jedoch zu schließen, dass Deutsche dauerhaft ein besseres Verständnis Russlands gepachtet hätten und dass auch Gorbatschows Nachfolger vom Geist der Partnerschaft und Zusammenarbeit beseelt sein müsse, erwies sich später als eine ebenso große Fehleinschätzung, wie die Beurteilung von Gorbatschows Politik seinerzeit richtig gewesen war. Die deutschen »Russland-Verstehers« galten bald in Osteuropa – und nicht nur dort – als naiv, besserwisserisch und arrogant.

## **VERHÄRTUNG NACH INNEN UND AUSSEN**

Zwar strebte Putin zu Beginn seiner Amtszeit eine enge Zusammenarbeit mit dem Westen an. Doch war diese Haltung wohl schon damals ambivalent. Denn er betrachtete den Westen zwar wirtschaftlich als Kooperationspartner, aber politisch mit seiner Demokratie und den Menschenrechten einerseits als schwach und dekadent, andererseits aber auch als eine Bedrohung für sein autokratisches System. Es dauerte nicht lange, bis Putin begann, nach innen wie nach außen einen härteren Kurs einzuschlagen. Den Ausschlag dafür gaben die sogenannten Farbrevolutionen, demokratische Machtwechsel in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, von denen noch die Rede sein wird. Putin und der Kreis, der mit ihm an die Macht gekommen war, sah in diesen Umwälzungen eine Gefahr für den eigenen Machterhalt. Nach den aus seiner Sicht chaotischen Jelzin-Jahren bestand die wichtigste Aufgabe darin, den Staat wieder stark zu machen. Die Angst vor einem

Sturz durch die Bevölkerung war bei Putin immer präsent, so sein damaliger enger Vertrauter, der Politologe Gleb Pawlowski.<sup>6</sup> Putin ließ deshalb die »Vertikale der Macht« ausrufen, um den Einfluss der Zentrale gegenüber den russischen Föderationssubjekten, also den Verwaltungseinheiten Russlands, wieder zu stärken. Ergänzt wurde die Machtvertikale durch die von Putins Spindoktor Wladislaw Surkow ersonnene »gelebte« oder »souveräne« Demokratie.

Es waren von Anfang an Konzepte, die gegen ein liberales, pluralistisches Demokratieverständnis gerichtet waren, und Formeln, die dazu dienten, die allmähliche Aushöhlung der Demokratie zu beschönigen und zu verschleiern. Wahlen wurden gefälscht und die freie Presse schrittweise gleichgeschaltet. Die unter Jelzin nahezu allmächtig gewordenen Oligarchen wurden der Putinschen Vertikale untergeordnet. An dem unbeugsamen, politisch ambitionierten Michail Chodorkowski wurde ein Exempel statuiert. Sein modernes Ölimperium Jukos wurde zerschlagen, Chodorkowski selbst zu zehn Jahren Straflager verurteilt. Mutige Regimekritiker wie Boris Nemzow und später Alexej Nawalny oder unerschrockene Journalistinnen wie Anna Politkowskaja wurden umgebracht, aller Wahrscheinlichkeit nach im direkten Auftrag des Kremls.

Der obsessive Drang, alles und jedes bis ins Letzte unter staatlicher Kontrolle zu haben, bestimmte durchweg Putins Herrschaft. Anfangs achtete Putin noch auf ein Gleichgewicht zwischen Liberalen, Technokraten und sogenannten »Silowiki«, hohen Beamten aus den »Machtministerien«. Doch bereits im Verlauf der ersten Amtsperiode Putins begannen sich die Silowiki durchzusetzen. Wirtschaftsreformer wie Pre-

mier Michail Kassjanow oder später Putins Berater Andrej Illarionow gingen in die Opposition oder ins Ausland. Die Politologin Olga Kryschtanowskaja fand schon 2004 heraus, dass 78 Prozent der Moskauer Machtelite sich die Sporen beim KGB oder der Armee verdient hatten. Dieser Trend setzte sich konsequent fort. Russland ist heute – einmalig zumindest in Europa – ein Geheimdienststaat. Von Verschwörungsdenken und Kontrollwahn bis zur Tradition »aktiver Maßnahmen« im Ausland ist Putins Russland zutiefst durch diese Erfahrung geprägt.

Zugleich nahm die Ideologisierung aus dem national-patriotischen Lager immer stärker zu. Typisch hierfür ist der 2012 gegründete »Izborski Club«, eine Vereinigung ultarechter Nationalisten und »Eurasier« wie Alexander Dugin, Alexander Prochanow oder Sergej Glasjew. Dugin, einer der wichtigsten Ideengeber einer aggressiven, antiwestlichen Großmachtpolitik, geht von einer Konfrontation zwischen der atlantischen Welt und Eurasien aus, die prinzipiell unvermeidlich und unlösbar ist. Für ihn ist der Wiederanschluss der Krim und der gesamten Ukraine nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer russischen Rückeroberung von Teilen Osteuropas und Asiens.

Der Abbau der Demokratie in Russland nahm mit Putins Rückkehr an die Macht 2012 dramatisch zu. Dieses Jahr beginnt mit dem Arabischen Frühling, dem scheinbaren Siegeszug der Demokratie in der arabischen Welt – ein Albtraum aus Putins Sicht. Es endete in Russland mit 120.000 Demonstranten auf dem Moskauer Sacharow-Prospekt. Nach einer durchsichtigen Rochade, dem vierjährigen Ämtertausch mit seinem Intimus Dmitri Medwedew, wollte Putin 2011 ins Prä-

sidentenamt zurückkehren. Die Wahlen wurden massiv gefälscht und die Massenproteste gegen die Fälschungen niedergeschlagen. Danach nahm die Repression erheblich an Schärfe zu.

Putin beschuldigte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton, das »Signal« für die Protestversammlungen in Russland gegeben zu haben. Russland müsse seine Souveränität schützen. Keinesfalls dürfe es zu einem »Chaos« wie bei den sogenannten Farbrevolutionen, der »Orangen Revolution« in der Ukraine 2004 oder der »Tulpenrevolution« in Kirgisistan 2005, kommen. In der wachsenden Furcht, dass der Widerstand gegen Putins Herrschaft anschwellen könnte, wurde die Tätigkeit der politischen Opposition, der freien Presse und der Zivilgesellschaft immer drastischer eingeschränkt. Heute gibt es nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Memorial wieder mehr als 600 politische Gefangene in Russland, mehr als dreimal so viel wie in der späten Sowjetunion. Die Paranoia der Obrigkeit geht so weit, dass schon für das Niederlegen einer Nelke am Grab des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny oder die geringste Kritik an der »Spezialoperation« in der Ukraine ein mehrjähriger Freiheitsentzug verhängt werden kann.

Schon im Jahr 2005 hätte man hellhörig werden sollen, als Putin den Zerfall der Sowjetunion als »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« bezeichnete. Dabei ging es ihm nicht um das Ende des Kommunismus, dem Putin keine Träne nachweinte. Nein, ihm ging es um das verloren gegangene russische Imperium, das über Jahrhunderte gewachsen war, rund um den Globus respektiert beziehungsweise ge-

fürchtet wurde und plötzlich jäh implodiert war. Für Putins Herrschaft bestimmend wurde der Gedanke der Revanche, die Wiederauferstehung des großen russischen Reiches. Dieser Leitgedanke ersetzte bald die anderen Ziele, die noch zu Beginn seiner Amtszeit eine ebenfalls wichtige Rolle gespielt hatten, wie die Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

## **PUTIN – DER ANTI-GORBATSCHOW**

Nach Auffassung von Steve Covington, dem langjährigen Russlandberater des Oberbefehlshabers der NATO, hat Putin um 2007 eine weitreichende strategische Weichenstellung getroffen.<sup>7</sup> Der Präsident habe damals begriffen, dass Russland mit dem Westen ökonomisch nicht mithalten könne, weil dies einen politischen Wandel erfordern würde, der Putins Herrschaft gefährlich geworden wäre. Es sei, so Covington, nicht die militärische Macht der NATO, die Putin fürchte, sondern seien die Prinzipien, auf die das Bündnis gründe: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese bedrohten Putins Herrschaft in existenzieller Weise. »Wir sehen, dass die Doctrin der Menschenrechte angewandt wird, um die Souveränität der Staaten zu zerstören, die politische, finanzielle, wirtschaftliche und ideologische Dominanz des Westens zu rechtfertigen«, erklärte Putin im Dezember 2022. Putin habe sich deshalb, so Covington, für einen Kurs der Konfrontation mit dem Westen entschieden und strebt seither das Ziel an, das europäische und internationale Sicherheitssystem aus den Angeln zu heben.

Nach dieser Logik stand Putin letztlich vor einer ähnlich fundamentalen Weichenstellung wie Gorbatschow zwanzig Jahre vor ihm: wirtschaftliche Modernisierung oder Konsolidierung der Großmacht zur Absicherung der präsidialen Herrschaft. Gorbatschow entschied sich für die Modernisierung des Landes durch Glasnost und Perestroika und verspielte damit am Ende, wie Putin und seine Anhänger es sehen, die Sowjetunion. Putin, der Gorbatschow zutiefst verachtet und nicht einmal zu seinem Begräbnis erschien, traf die entgegengesetzte Entscheidung. Er erkannte, dass sein anfänglicher Gesellschaftsvertrag – Stabilität und Wohlstand fürs Volk gegen unangefochtene Herrschaft – dauerhaft nicht ohne liberale Reformen erfüllt werden konnte. Das »System Putin« beruht auf einer Staatswirtschaft, in der die Einnahmen aus dem Energiesektor ganz von Putin treuen Silowiki kontrolliert werden. Eine Vertikale der Macht, die Putins Stellung garantiert, aber Russland keine Entwicklungsperspektiven bietet. Wirkliche Reformen fanden in Russlands Volkswirtschaft niemals statt, hätten diese doch früher oder später die Herrschaft der kleptokratischen Silowiki-Clique des Präsidenten auf eine existenzielle Probe gestellt. Liberale Reformen hätten früher oder später ein Maß an Transparenz und Partizipation erfordert, das den Machtinteressen des Kremlherren und seiner Vertrauten diametral entgegenstand. Putin entschied sich deshalb gegen liberale Wirtschaftsreformen. Da er damit aber seinen Gesellschaftsvertrag nicht mehr dauerhaft aufrechterhalten konnte, musste er ihn verändern. Die Wiederherstellung des Imperiums ersetzte die Modernisierung des Landes als erstes Staatsziel. Damit wurde der Angriff auf die Ukraine unausweichlich. Zugespitzt ist Putin damit der Anti-Gorbatschow – während ihn

in Deutschland viele noch lange in Gorbatschows Fahrwasser wählten.

Folgt man dieser Logik, geht es Putin bei seinem heutigen Kampf nicht primär um das Territorium in der Ukraine. Dieses ist nur der erste Schritt, um das System der politischen Kontrolle über Russland hinaus zu festigen und auszudehnen. Dreh- und Angelpunkt von Putins Denken ist sein eigener Machterhalt. Ihm ist alles untergeordnet, die Repression nach innen und auch die aggressive Außenpolitik.

Fakt ist: Putin verlegte sich seit der zweiten Hälfte der Nullerjahre immer stärker auf eine konfrontative, auf Rivalität angelegte Geopolitik. Maßgeblich dafür war sicher auch die vom KGB-Verschwörungsdenken geprägte Wahrnehmung, vom Westen und besonders den USA immer wieder gedemütigt zu werden. Die Bemerkung Präsident Obamas, Russland sei nur mehr eine »Regionalmacht«, muss Putin im Kern getroffen und massiv erzürnt haben. Er verlegte sich von nun an auf das Prinzip »Russland stark und den Westen schwach machen«. Ein aggressiver Nationalismus, der auf Drohgebärden und klaren Feindbildern beruht, wurde zur wesentlichen Stütze seiner Macht. Äußere Feinde legitimieren die Herrschaft im Inneren – dieses klassische Motiv autoritärer Diktatoren bestimmt schon lange, spätestens seit 2012, Putins Politik. Umfragen des renommierten Moskauer Lewada-Zentrums zeigen, dass immer dann, wenn Putin Militäreinsätze durchführte – in Tschetschenien, in Georgien, Syrien und der Ukraine –, seine Zustimmungswerte deutlich nach oben gingen.<sup>8</sup> Machtpolitisch zahlte sich der Konfrontationskurs also aus, und die weiter sprudelnden Gewinne aus den Öl- und Gasexporten ver-

deckten, dass Moskau seine wirtschaftliche Zukunft, die Aussicht auf Innovation und Fortschritt, verspielte. Immer deutlicher klafften damit die kaltblütige Machtpolitik des Kremlherren und die weiter auf »Annäherung durch Verflechtung« setzende deutsche und westliche Sichtweise, die wie ein Supertanker unabirrbar Kurs hielt, auseinander.

Zu Putins Verhärtung trug auch eine übersteigerte Paranoia bei. Er sieht Verschwörungen überall und unterstellte dem Westen, seinen Einfluss in Moskaus »nahem Ausland« auszubauen, Russland schwächen und letztlich zerstören zu wollen, und das alles unter dem Deckmantel der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten. Die »Orangene Revolution« auf dem Kiewer Maidan, bei der 2004 nicht Putins Marionette Viktor Janukowitsch, sondern der auf einen eigenständigen Kurs bedachte Viktor Juschtschenko die Präsidentschaftswahl gewann, schob Moskau der CIA in die Schuhe. Der Maidan war ein entscheidender Wendepunkt für Russlands Außenpolitik. Wie sehr, wurde spätestens bei Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 deutlich, die die Weltgemeinschaft aufrüttelte. »Für die heutige Welt ist das monopolare Modell unmöglich.« »Die NATO-Erweiterung ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt.« Solche Töne hatte man aus Moskau lange nicht mehr gehört.

Ein Jahr später, 2008, besetzte Russland weite Teile des georgischen Staatsgebiets und führte damit erstmals Krieg jenseits russischer Grenzen. Kurz darauf, 2011, erschreckte den Kreml der Weckruf der Protestwelle in der arabischen Welt: »Das Volk will den Sturz des Machthabers.« Das Putin-Regime

musste sich vor Nachahmern im eigenen Land schützen. Russland verlor an geopolitischem Einfluss im Mittleren Osten und mit Gaddafi einen weiteren Alliierten. Auch im Mittleren Osten wähnte Putin den Einfluss des Westens am Werk, der die arabischen Gesellschaften aufgebrochen habe.

Eine US-amerikanische Verschwörung witterte man im Kreml auch hinter der Veröffentlichung der sogenannten »Panama Papers« im April 2016. Diese brachten äußerst sensible Informationen über russische Entscheidungsträger im Umfeld Putins und deren korrupte Machenschaften ans Licht. Kurz nach ihrer Veröffentlichung wurde im Moskauer Nationalen Sicherheitsrat über eine Vergeltung gesprochen. Eine Informationsattacke gegen Hillary Clinton wurde losgetreten. Lag hier die Wurzel für jene 2016 durchgeführte »Hack-and-Leak«-Operation gegen die demokratische Präsidentschaftskandidatin, die Donald Trumps Streben ins Weiße Haus zugutekam?

## **NEUE DOKTRIN – DIE »RUSSISCHE WELT«**

2013 formulierte Putin die Idee der »Russischen Welt«, des »Russkij Mir«. Diese besagt: Dort, wo Russen leben, ist Russland, und der russische Staat ist gefordert, einzutreten, wenn seine Interessen bedroht sind. Es ist ein Gedanke, den Putin schon länger im Kopf hat, ein Konzept, in dem sich Religion, russische Werte und Großmachtpolitik vermischen. Was die Idee so gefährlich macht: Sie begründet ein Interventionsrecht jenseits der Grenzen Russlands. Sie verschafft Putin einen Hebel, um sein Vorhaben der Wiederherstellung des großrussischen Reichs in die Tat umsetzen. Der imperiale Gedanke